

„Soziale“ testen Parteien

KOMMUNALPOLITIK Bei Podiumsdiskussion nahmen Vertreter von sieben Parteien und politischen Gruppierungen Stellung.

REGENSBURG. Vier komplexe Themen der Sozialpolitik in Regensburg standen auf der Tagesordnung der Veranstaltung, die die Sozialen Initiativen organisiert hatten. Rede und Antwort standen Bürgermeisterin Petra Betz (CSU), OB-Kandidat Joachim Wolbergs (SPD) und Grünen-Kreisvorsitzender Christian Heilmann. CSB, FDP, Freie Wähler, ÖDP und Linke hatten ebenso Gelegenheit, sich zu äußern.

Überwiegend einig waren sich CSU und SPD in den Fragen der finanziellen Absicherung des Arbeitskreises für ausländische Arbeitnehmer (a.a.a.), beim Umgang der ARGE-Mitarbeiter mit psychisch Kranken und bei der Sanierung Aussiger Straße.

Mittelbayerische Zeitung

31. 01. 2008

Für sofortige „Zerschlagung“

Während Betz eine kurzfristig zu komfortable Sanierung der Wohnanlage ablehnte, um Anreize für Eigeninitiative der Bewohner zu schaffen, forderte Wolbergs die sofortige „Zerschlagung“. Einigkeit herrschte hingegen darüber, auf lange Sicht alle Bewohner in den Stadtteilen einzugliedern. Die SPD habe längst den Antrag gestellt zu dezentralisieren, sagt Wolbergs. Wer sich die Entwicklungs- und Erwerbsbiografie von Bewohnern solcher „Ghettos“ anschauen, der wisse: es gelte sofort zu handeln. „Für die Kinder heißt das morgen.“ Überdies müsse, „wer saniert, auch hauptamtlich betreuen,“ so der OB-Kandidat.

Mehr Betreuung durch Gutachter sei für die ARGE-Mitarbeiter notwendig. SPD und CSU sehen die zu hohen Forderungen an psychisch Kranke in einer „realitätsfernen“ Bundespolitik, so Betz. Auch Wolbergs unterstrich, die ARGE habe das Problem erkannt und werde nach Lösungen suchen.

„Das verspreche ich“

Übereinstimmung herrschte bei der finanziellen Absicherung des a.a.a. Hier will Betz den im Jahr 2009 wegfallenden Beitrag Bayerns entweder vom Land zurückholen oder mit Mitteln auf kommunaler Ebene kompensieren. „Das verspreche ich,“ sagte die Bürgermeisterin. Wolbergs kritisierte indes die „irrsinnige Förderpolitik über einzelne Projekte“.

„Keine Doppelstrukturen schaffen“, wollte Betz mit Pro familia. Auch Donum vitae müsse mit den gleichen 30 Prozent kommunaler Mittel auskommen, sagte sie. Auch einen Armutsbericht für Regensburg hielt sie für überflüssig. Die Zahlen seien bekannt, bestätigte Wolbergs. Sinn mache der Bericht, wenn daraus konkrete Handlungsfelder abgeleitet würden, wie Kinder- und Altersarmut. Auch Grünenvertreter Heilmann stimmte dem zu, wie auch allen übrigen Forderungen Wolbergs'. (mjf)